



EINLADUNG

13. MAI 2004, 18:30 UHR
HAUS DER INDUSTRIE
SCHWARZENBERGPLATZ 4
1031 WIEN

Schwarzenbergplatz 4
A-1031 Wien
+43-1-711 35-2391
+43-1-711 35-2920
bzinter@iv-net.at
www.iv-net.at





„MEILENSTEIN ÖSTERREICH-KONVENT“

Donnerstag, 13. Mai 2004, 18:30 Uhr
 Haus der Industrie, Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien

Fast 80 Jahre ist sie nun alt, die österreichische Verfassung. Seit rund einem Jahr tagt der „Österreich-Konvent“ zu ihrer Reform. Für ein moderneres Staatsgefüge, eine rationellere Aufgabenteilung und - nicht zuletzt - für eine kostengünstigere Verwaltung, die Spielräume für Entlastungen und Zukunftsinvestitionen ermöglicht.

Prominente Mitglieder des Konvents diskutieren mit weiteren Experten die „Zwischenbilanz“ des Konvents und die Herausforderungen für die Endphase der Verfassungsreform.

Genau 49 Jahre, nachdem die Endverhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag im Haus der Industrie stattfanden, wollen wir dort über die Zukunft unserer Verfassung nachdenken.

ÖSTERREICH-KONVENT: MEILEN- ODER STOLPERSTEIN?
STEFAN MARA

Geschäftsführer des Rechtspolitischen Ausschusses der IV

AUSZÜGE AUS DEM BUCH „BEAMTENREPUBLIK ÖSTERREICH“
WERNER BENINGER

Journalist und Chefreporter „Die Presse“

PODIUMSDISKUSSION

ULRIKE BAUMGARTNER-GABITZER

Stv. Vorsitzende des Konvents-Ausschusses 3 „Staatliche Institutionen“

DIETER BÖHMDORFER

Bundesminister für Justiz und Präsidiumsmitglied des Konvents

EVA GLAWISCHNIG

Präsidiumsmitglied des Konvents

JOHANNES SCHNIZER

Mitglied des Konvents-Ausschusses 10 „Finanzverfassung“

WERNER WUTSCHER

Vorsitzender des Konvents-Ausschusses 6 „Verwaltungsreform“

GÜNTER VOITH

Vertreter der Industrie im Konvent

Moderation: Alfred Payrleitner, Kurier

Im Anschluss daran bitten wir Sie zu einem Buffet.

Verfassungsreform: Zwischenbilanz des Österreich-Konvents

14.05.2004

Baumgartner-Gabitzer, Böhmendorfer, Glawischnig, Schnizer, Voith und Wutscher diskutierten im Haus der Industrie

Gestern, Donnerstag Abend, diskutierten im Haus Industrie in Wien sechs Mitglieder des Österreich-Konvents die Zwischenbilanz des Konvents. Moderator war Alfred Payrleitner (Kurier). **Stefan Mara**, Leiter des IV-Projekts „Staat modernisieren“, zählte in seiner Einleitung die aus Sicht der Industrie wichtigsten Ziele für einen Erfolg des Konvents auf: Kompetenzklärung und -bereinigung zwischen Bund und Ländern, Überwindung der Kameratechnik und Benchmarking der Gebietskörperschaften. „Wir sollten die Chance für einen großen Wurf nutzen. Der Prozess wird von ganz Österreich wahrgenommen. Im Konvent erfolgen in den nächsten Monaten die Weichenstellungen für die nächsten Jahrzehnte.“ Der Journalist und Buchautor **Werner Beninger** (Die Presse) gab vor Beginn der Diskussion mit einer Lesung aus seinem Buch „Beamtenrepublik Österreich“ noch einen weiteren Impuls ab.

Ulrike Baumgartner-Gabitzer, stellvertretende Ausschussvorsitzende, appellierte: „Wir müssen uns über die Prinzipien für diese Reform zwischen allen Mitgliedern des Konvents einigen. Auf alle Fälle sollten wir die Verfassung massiv entrümpeln, eine einzige Verfassungsurkunde schaffen und Doppelgleisigkeiten vermeiden.“ Die vorgeschlagene Kompetenzverteilung mit dem „Drei-Säulenmodell“ ist für sie eine entscheidende Weiterentwicklung.

Dieter Böhmendorfer, Präsidiumsmitglied des Konvents, warnte vor zu hohen Erwartungen: „Mich stört, dass schon jetzt von Misserfolg gesprochen wird. Man darf nicht zu viel in die Verfassung hinein reklamieren. Dieser Konvent hat Erfolg, wenn er die Verfassung vereinfacht. Wenn man bedenkt, dass es außerhalb des B-VG hunderte verfassungsrechtliche Nebenbestimmungen gibt, die die Verfassungslage selbst für Experten gänzlich unübersichtlich gestalten, würde alleine deren Beseitigung einen beachtlichen Erfolg darstellen. Darüber hinaus hindert ein Dissens in den Berichten der Ausschüsse das Präsidium nicht, Ergebnisse zu erzielen.“

Eva Glawischnig, Präsidiumsmitglied des Konvents, sieht es als zentrale Aufgabe des Staates, humane Rahmenbedingungen zu schaffen; Partizipation, Grundrechte und Demokratisierung seien wichtig. Auch für sie ist vieles nach wie vor ungelöst - vor allem der „föderale Knoten“, wo seit dem EU-Beitritt bis zu 11 Gesetzgeber tätig werden. „Die Position der Länder, mehr Gesetzgebung zu wollen, ist nicht haltbar.“ Die Länder seien in der bequemen Situation, Geld auszugeben, das sie als Steuern nicht einheben müssen. Bisher wurde im Konvent eine gemeinsame Diagnose erstellt, die Therapie ist noch offen.

Für den SPÖ-Experten und Konventsmitglied **Johannes Schnizer**, gehören zu einer neuen Verfassung zwei Kernbereiche, nämlich die Kompetenzverteilung und der Grundrechtskatalog: „Bei beiden braucht es eine große Kraftanstrengung von allen Seiten. Wenn hier kein Durchbruch erfolgt, kann man nicht von einer neuen Verfassung sprechen. Riesen-Einsparungen nur aus der Abschaffung alter Verfassungsbestimmungen sind nicht realistisch. Nach den bisherigen Vorschlägen wird die Politik mehr Spielraum bekommen.“ Die geänderten Strukturen müssten dann auch genutzt werden.

Werner Wutscher, Ausschussvorsitzender im Konvent, erwartet sich konkrete Lösungen aus der Diskussion bis zum Sommer: „In vielen Fragen sind sehr gute Lösungsansätze da, man kann nicht vom Scheitern sprechen. Betreffend die Verwaltungsreform müssen wir in die Prozesse hinein, denn wir sind durch die Kameratechnik behindert und können oft Verantwortung nicht festmachen.“ Grundrechte und Staatsziele seien ein eminent politischer Bereich. „Das Verhältnis des Bürgers zum Staat und die Grundfrage: ‚Welchen Staat wollen wir in Zukunft?‘ wird bisher nicht diskutiert. Auch die Ausrichtung auf die Umsetzung von EU-Recht muss bedacht werden.“ Allerdings habe die Arbeit im Konvent einen Vorteil: „Jetzt hören einander alle Gebietskörperschaften zu.“

Für **Günter Voith**, Vertreter der Industrie im Konvent, ist die Arbeit dort schwierig, weil die Politik zusätzlich zur Verwaltungsreform Wünsche einbringt. Dem Bürger, der einen Pass braucht, sei nicht wichtig, welche Behörde tätig werde, es müsse nur schnell und kostengünstig gehen. „Wenn es nicht im Konvent gehen sollte, muss man die Verwaltungsreform weiter diskutieren.“ Auch Voith regte an, sich auf die juristischen Themen wie Kompetenzordnung oder fugitive Verfassungsbestimmungen zu konzentrieren. „Ich finde es erschütternd, dass von der Effizienz im Konvent bisher nicht viel die Rede war.“ Er verwies auch auf die Ziele des Konvents, die teilweise im Konflikt miteinander stünden.

Alle Diskussionsteilnehmer rechnen mit einem Erfolg des Konvents, wie groß er wird, bleibt (noch) offen.

Thomas Goiser